

# Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfachkonto Dresden 2138. Girokonto 146 **Bezirksanzeiger**

**Wochenblatt** Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Bezahler  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 41 mm breite Pettizeile (Moffe's Zeilenmesser 14)  
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75  
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelamot der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Rechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz  
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgaaten des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretznig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober-  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Tschelmenhof, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 37

Montag, den 13. Februar 1928

80. Jahrgang

## Amthlicher Teil.

### Bekanntmachung

Als Mitglieder des Bezirkschöpfungsausschusses gemäß § 9 des Schlachtviehvericherungsgesetzes vom 25. Juni 1923 sind nach Gehör der Stadträte zu Kamenz und Pulsnitz vom Bezirksauschuß für die Zeit vom 1. Januar 1928 bis 31. Dezember 1930 gewählt worden:

**I. Bezirk (Kamenz), der sich im Westen und Südwesten mit den Grenzen des Amtsgerichtsbezirks Kamenz deckt (Großgrabe, Häselich, Wöhnsdorf, Rindlich), im Osten bis an die Linie: Weßlig-Verndorf-Jesau-Nebelshaus-Jauer-Glaubritz reicht:**

- 1., Gutsbesitzer Arthur Mager, Bulleritz,
- 2., Erwin Haase, Gersdorf,
- 3., Fleischerobermeister Emil Berndt, Kamenz.

**II. Bezirk (Pulsnitz), der den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz umfaßt:**

- 1., Gutsbesitzer Fritz Heber, Obersteina,
- 2., Max Mager, Niedersteina,
- 3., Fleischerobermeister Otto Kreischa, Pulsnitz.

**III. Bezirk (Königsbrück), der den Amtsgerichtsbezirk Königsbrück umfaßt:**

- 1., Gutsbesitzer Max Gersdorf, Reichenbach,
- 2., Camillo Herold, Bohra,
- 3., Fleischerobermeister Ernst Werner, Königsbrück.

**IV. Bezirk (Crostwitz), der begrenzt wird von den Gemeinden Laska-Rosenthal-Wendischbaselitz-Mittk-Banschwitz-Jedlitz:**

- 1., Gutsbesitzer Jakob Kahl, Ruckitz,
- 2., Georg Wenke, Crostwitz,
- 3., Fleischerobermeister Emil Hillmann, Elstra.

**V. Bezirk (Döbra-Milflich), der das Gebiet umfaßt, das begrenzt wird von den Gemeinden Dieke-Bichornau-Deutschbaselitz-Biskowitz-Schmerlitz-Cunnewitz:**

- 1., Inspektor Zimmermann, Dieke,
- 2., Rittergutsbesitzer Barthels, Milflich,
- 3., Fleischerobermeister Emil Berndt, Kamenz.

Der Bezirkschöpfungsausschuß ist berufen, über den Einspruch von Versicherten gegen die nach Abschätzung des Schadens vom Tierarzt unter Mitwirkung zweier Sachverständiger (Ortschöpfungsausschuß) getroffenen Festsetzungen der Entschädigung zu entscheiden, soweit sich der Einspruch gegen die Höhe der Entschädigung wendet. Ueber andersartige Einsprüche entscheidet der Verwaltungsausschuß der Anstalt für staatliche Schlachtviehvericherung.

Amtshauptmannschaft Kamenz, am 10. Februar 1928

## Das Wichtigste

Der Schweizer Bundespräsident eröffnete am Sonnabend die Olympiade. Bei dem letzten Unwetter in Norwegen sind 30 Menschen ums Leben gekommen.

Die große Londonbrücke über den Einfjord bei Alborg ist von gewaltigen, aus dem Westen kommenden Eismassen, in vier Stücke gerissen worden. Der Brückenkopf an der Alborger Seite zerplitterte unter dem gewaltigen Druck und ist bis auf einen kleinen Rest im Fjord verfallen.

Der Wasserstand der Maas ist weiter gestiegen. In der Gegend von Rumond sind bereits Ueberschwemmungen zu verzeichnen. Der Zugverkehr auf der Strecke Amsterdam-Rotterdam ist gestört. Zwischen der englischen und der griechischen Regierung ist ein Abkommen abgeschlossen worden, das die Entsendung britischer Offiziere für die Reorganisation der griechischen Gendarmerie vorsieht.

Wie Neuter aus Moskau meldet, ist der Eisbrecher „Lenin“ nach dem Zimischen Meerbusen abgefahren um den durch treibendes Packeis von der Küste abgedrängten russischen Fischern zu Hilfe zu eilen. Nach dieser Neutermeldung handelte es sich um 40 Fischer, während vorgestern von Reval aus die Zahl 960 gemeldet wurde.

## Vertliche und sächsische Angelegenheiten

**Pulsnitz.** (460-jähriges Jubiläum.) Am gestrigen Sonntag feierte unter starker Beteiligung die Schuhmacher-Zwangsgewerkschaft das seltene Fest ihres 460-jährigen Bestehens, nachdem von der 450-jährigen Feier infolge des Krieges Abstand genommen war. Die wohlgelungene Feier wurde umrahmt von Konzert, Chor-Gesängen und Solis. Nach einem von Fr. Martha Kind recht gut vorgetragenen Prolog, begrüßte der Vorsitzende, Herr Obermeister Max Kind, die zahlreich erschienenen Vertreter, Abordnungen, Mitglieder und Gäste. Als erste beglückwünschte die Stadt Pulsnitz die Jubiläarin durch ihren stellv. Bürgermeister, Herrn Stadtrat Beyer, welcher außer einem Glückwunschschreiben des Rates der Stadt eine Ehrengabe von 200 RM überreichte, mit der Bestimmung, die Zinsen sollten jedes Jahr als Prämie für das beste Gesellenstück verwandt werden. Weitere Glückwünsche überbrachten Herr Ehrenobermeister Kuntzsch, Dresden, für den Landesauschuß für das sächs. Handwerk; Herr Stadtverordnetenvorsteher Zimmermann, Pulsnitz, als Vertreter der Gewerbelammer Zittau und für den Ortsauschuß des Handwerks mit einem Angebinde von 50 Mk. zur freien Verfügung; für den Sächsischen Schuhmacher-Zinnungsverband der Vorsitzende Herr Angermann unter gleichzeitiger Uebersendung von 10 Diplomen an zwei Herren für über 50-jährige Zugehörigkeit und an acht Herren für über 40-jährige Zugehörigkeit zur Zinnung. Außerdem überreichte Herr Bezirksleiter Mann, Kamenz, im Auftrage der Freien Schuhmacher-Zinnungen zu Kamenz und des Rödertals eine Ehrenurkunde mit den besten Wünschen für ferneres Wachsen, Blühen und Gedeihen. Die Dresdner Schuhmacher-Rohstoff-Genossenschaft übergab außerdem noch 50 Mk. zur freien Verfügung. Im Auftrage des Kollegiums der Berufsschule beglückwünschte Herr Direktor Röber die Jubelinnung. Die Festrede hatte Herr Berufsschullehrer Rühl übernommen, welcher das Schuhmacherhandwerk in den vergangenen Jahrhunderten recht trefflich schilderte. Nach dem offiziellen Teil vergnügte man sich noch lange bei Tanz und guter Stimmung.

**Pulsnitz.** (Stiftungsfest.) Der diesjährige Gewerkschaftsverein S. V. beging am Sonnabend im Saale des Hotels Grauer Wolf in schlichter Weise sein Stiftungsfest, diesmal im

## Eine Entschließung der deutschen Volkspartei

Neuwahlen am 25. März oder Erneuerung der Koalition — Polen enteignet deutschen Grundbesitz  
Swatau in den Händen der Kommunisten

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei trat zu einer Fraktions Sitzung zusammen. Sie faßte am Schluß der Besprechungen folgende Entschließung:

„Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat sich anlässlich des Schreibens des Herrn Reichspräsidenten an den Herrn Reichskanzler mit der dadurch geschaffenen Gesamtlage befaßt. Sie ist der Auffassung, daß im Hinblick auf die dringenden, von der Koalition übernommenen, noch der Lösung harrenden Aufgaben der Reichspolitik — Verabschiedung des Etats, Anwendung der Not der Landwirtschaft, Kriegsschadenschluß-Gesetz, Kleinrentner-versorgungs-Gesetz, Sicherung des Wohnungsbaues für 1928, Reform des Strafgesetzbuches u. a. m. — eine vorzeitige Auflösung des Reichstages vermieden werden muß, auch wenn das Reichsschulgesetz in dieser Legislaturperiode nicht mehr verabschiedet werden sollte. Die Fraktion wird sich deshalb der Aufforderung des Herrn Reichspräsidenten nicht entziehen.“

## Berschärfung der innerpolitischen Krise

Drei neue Kompromißvorschläge des Reichsinnenministers zum Schulgesetz.

Die innerpolitischen Schwierigkeiten haben sich weiter erheblich zuspitzt. Der Interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien hat drei neue Kompromißvorschläge des Reichsinnenministers zum Schulgesetz entgegengenommen. Man hat sich in den Kreisen der verhandelnden maßgebenden Abgeordneten bereits innerlich darauf eingestellt, daß nach dem Scheitern des Reichsschulgesetzes die koalitionspolitischen Schwierigkeiten von erheblichem Ausmaß begimmen. Die Deutschnationale Volkspartei hat ihre offizielle amtliche Meinung dahin bekanntgegeben, daß in dem Brief des Reichspräsidenten die Mahnung ausgesprochen sei, sich über das Schulgesetz zu einigen. Die Deutschnationale Volkspartei sei jedenfalls bereit, alles zu tun, um das Schulgesetz unter Dach zu bringen.

Da eine Einigung sehr schwierig ist, beschäftigen sich alle Fraktionen, wenn auch nicht in offiziellen Sitzungen, bereits mit der Möglichkeit einer Lösung der koalitionspolitischen Schwierigkeiten, wobei drei Absichten im Vordergrund stehen: Erstens die

**Auflösung des Reichstages Anfang April mit dem 15. Mai als Wahltermin.**

Diese von einem Teil der Deutschen Volkspartei vertretene Ansicht wird aber weder bei den Deutschnationalen noch im Zentrum gebilligt, da ganz erhebliche wirtschaftliche und soziale Schwierigkeiten gerade für den Monat April zu erwarten sind. Zweitens die sofortige Auflösung des Reichstages nach dem Scheitern des Schulgesetzes, und zwar mit der Begründung, daß das Zusammenarbeiten der Koalition mit Rücksicht auf die wahrscheinlich sofort einsetzende Wahlpolitik in den praktischen Aufgaben unmöglich sein werde. Drittens der Versuch, eine völlig neue Grundlage für die Koalition durch neue programmatische Verhandlungen zu schaffen und damit die Koalition und die Regierung bis zum Ende der Legislaturperiode zu verlängern.

**Neuwahlen am 25. März oder Erneuerung der Koalition.**

Diese Woche wird einen innerpolitischen Kampf erster

Ordnung zwischen allen Parteien des Reichstages sehen. Am Montag nachmittag um 4 Uhr wurde in einer Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien offiziell festgestellt, daß das Reichsschulgesetz geplatzt ist und daß damit die Koalition der bürgerlichen Mehrheitsregierung aufs äußerste gefährdet ist.

In parlamentarischen Kreisen rechnet man aber mit einem Eingriff des Reichspräsidenten vor der letzten Entscheidung, zumal sich die parlamentarische Lage seit dem Brief des Reichspräsidenten an den Reichskanzler erheblich verändert hat. Infolgedessen wird der Reichspräsident wahrscheinlich am Dienstag entweder gemeinsam oder nach einander die Führer der Regierungsparteien empfangen.

Dem Reichspräsidenten werden dann zwei Vorschläge gemacht werden, und zwar entweder die sofortige Auflösung des Reichstages mit der Erledigung des Etats durch ein Notgesetz in zwei oder drei Tagen, oder der Versuch einer Erneuerung der jetzigen Koalition auf einer völlig neuen programmatischen Basis.

Es läßt sich nicht verkennen, daß unter diesen Umständen den Bemühungen im Gange sind, den Reichspräsidenten zu einer besonderen Initiative zu veranlassen: Annahme des Rücktritts des Gesamtkabinetts und Bildung eines Geschäftsministeriums in der Hauptsache aus Beamten, das dem Reichstag vorgelegt werden und zunächst um ein Vertrauensvotum von den jetzigen Regierungsparteien eruchen soll. Die Bildung eines solchen Kabinetts hätte nur Wert, wenn es bis zum Ende der natürlichen Legislaturperiode des Reichstages regiere, denn die allergrößte Schwierigkeit in der augenblicklichen innerpolitischen Lage besteht darin, daß, wenn nicht am 25. März nach einer Auflösung des Reichstages in der kommenden Woche gewählt wird, nach Ansicht fast aller Parteien eine Wahl vor dem Herbst unmöglich ist.

## Polen enteignet deutschen Grundbesitz

**Warschau, 12. Februar.** Der Ministerrat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, die Verordnung über die zwangsweise Enteignung deutschen Grundbesitzes in den ehemals preussischen Teilgebieten in Kraft treten zu lassen. Im Polener Bezirk sollen 2576 Hektar, im Graudener Bezirk 4809 Hektar und im Rattoviger Bezirk 492 Hektar zwangsweise aufgeteilt werden.

## Swatau in den Händen der Kommunisten

**Beking, 13. Februar.** Nach aus Kanton eingetroffenen Berichten ist der wichtige Hafen Swatau kommunistischen Angriffen unterlegen. Die letzten Kantontuppen verteidigen den inneren Stadteil. Der endgültige Besitz Swataus würde den Kommunisten die Meeresverbindung sichern. Die Kantoner Regierung schreibt den kommunistischen Erfolg der Wirksamkeit von Agitatoren zu, die aus Schanghai kamen und Südjina überschwebten. Infolge der Kommunistenfurcht werden täglich Verhaftungen und Erschießungen vorgenommen. Der gestrige Polizeibericht erwähnt 45 solcher Fälle.

